Berufsverbote und kein Ende

GEW und VVN/BdA erinnern an die Auswirkungen d Radikalenerlasses. Konsequenzen bis heute

Von Claudia Wrobel



Foto: Gioia Forster/dpa-Bildfunk

Aufarbeitung von begangenem Unrecht in der BRD – das forderten die Gewerkschaft Erziehung und Wisse Verband der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN – BdA) für d Radikalenerlasses von 1972. er diente dazu, etliche Linke zu Staatsfeinden zu erklären,aus dem öffentlich Existenzgrundlage zu berauben. Mit Hilfe der »Regelanfrage« wurden allein zwischen 1972 und 1980 etwa öffentlichen Dienst vom Verfassungsschutz durchleuchtet und auf politische »Zuverlässigkeit« geprüft, wie Folge sei es zu 11.000 offiziellen Berufsverbotsverfahren, 2.200 Disziplinarverfahren, 1.250 Ablehnungen v Entlassungen gekommen.

Bis heute wird dies in den meisten Bundesländern weder thematisiert noch kritisiert. Deshalb protestierte Mittwoch vor dem Landtag in Stuttgart. Sie wollten damit am »Tag der Menschenrechte« ein Zeichen setze Württemberg nicht nur die Betroffenen der lange zurückliegenden Fälle nicht rehabilitiert werden. So veru für Menschenrechte (EGMR) die Bundesrepublik 1995 in einem Berufsverbotsfall. Auch in der jüngeren Ver Versuchen, antifaschistisches Engagement durch ein Berufsverbot zu bestrafen. Mit eben dieser Begründu Csaszkóczy 2005 sowohl in Baden-Württemberg als auch in Hessen nicht angestellt. Er durfte erst unterric Verwaltungsgericht Baden-Württemberg 2007 entschieden hatte, dass ihm zuvor zu Unrecht die Einstellur wurden ihm 32.000 Euro als Entschädigung für den entstandenen Verdienstausfall zugesprochen.

Andere Opfer der Berufsverbote merken die finanziellen Konsequenzen teilweise noch immer und wurder erlernten Beruf teilweise erst nach mehreren Jahren arbeiten konnten, wenn überhaupt, müssen viele voı der Rente hinnehmen.

Die GEW forderte in Stuttgart, neben einer Rehabilitierung und Entschädigung der Betroffenen, eine öffen da diese bislang »entweder hinter verschlossenen Türen oder gar nicht« stattfinde, ärgerte sich die Landes Politik müsse sich dem Thema stellen, damit so etwas nicht noch einmal passiere.

Auf Facebook teilen

Gefällt mir Tweet Share

Zu Ihren jW-Lesezeichen hinzufügen: Speichern

Lesen und lesen lassen

Lesetip abgeben

Ausdrucken
Versenden
Leserbrief schreiben

Infos und Verweise zu diesem Artikel:

Ähnliche | Regio

Ähnliche:

Freistaat gegen links (01.02.2012) Radikalenerlaß gilt in Bayern weiter. Feindbild: Linkspartei. Beamtenan Berufsverbot seit Jahrzehnten in München. Opfer ist Moslembruder.

Berufsverbote: GEW fordert Rehabilitierung (20.03.2012) Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft diskut »Radikalenerlaß« von 1972.

Rendite ist Kahlschlag (12.07.2012) Regierung in Baden-Württemberg will wegen rückläufiger Schülerzahl wegkürzen.

Mehr aus: Betrieb & Gewerkschaft

Schrittmacher der Schweiz

Vor zehn Jahren wurde die größte Gewerkschaft des Alpenlandes, die »Unia«, gegründet. Heute ist sie dor Beschäftigtenorganisation.

Johannes Supe

Seitenanfang